

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
über Leistungen zugunsten britischer Staatsangehöriger,
die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind**

Vom 6. Juli 1964

Das in Bonn am 9. Juni 1964 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Leistungen zugunsten britischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind, und der dazugehörige Briefwechsel sind nach Artikel 5 des Abkommens mit dessen Unterzeichnung in Kraft getreten. Das Abkommen und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Juli 1964

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
über Leistungen zugunsten britischer Staatsangehöriger,
die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen
betroffen worden sind

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
concerning Compensation for United Kingdom Nationals
who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Artikel 1

(1) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt an das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland (im folgenden als „Vereinigtes Königreich“ bezeichnet) den Betrag von einer Million Pfund Sterling zugunsten der von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches, die durch derartige Verfolgungsmaßnahmen Freiheitsschäden oder Gesundheitsschädigungen erlitten haben, sowie zugunsten der Hinterbliebenen der infolge derartiger Verfolgungsmaßnahmen Umgekommenen.

(2) Die Verteilung des Betrages bleibt dem Ermessen der Königlich Britischen Regierung überlassen.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland stellt dem Vereinigten Königreich den vorgenannten Betrag drei Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens zur Verfügung.

Artikel 3

Unbeschadet der Ansprüche von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches, die gemäß geltender Rechtsvorschriften oder auf Grund getroffener besonderer Vereinbarungen bestehen, regelt die in Artikel 1 Abs. 1 vorgesehene Zahlung im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum Vereinigten Königreich abschließend alle Fragen, die sich auf eine Entschädigung für die in Artikel 1 Abs. 1 genannten Verfolgungsmaßnahmen beziehen.

Artikel 4

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreiches in-

Article 1

(1) The Federal Republic of Germany shall pay to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as "the United Kingdom") the sum of one million pounds sterling for the benefit of United Kingdom nationals who were victims of National-Socialist measures of persecution and who, as a result of such measures, suffered loss of liberty or damage to their health, or, in the case of those who died in consequence of such measures, for the benefit of their dependents.

(2) The distribution of this sum shall be left to the discretion of Her Majesty's Government in the United Kingdom.

Article 2

The Federal Republic of Germany shall place the aforesaid sum at the disposal of the United Kingdom three months after the entry into force of the present Agreement.

Article 3

Without prejudice to any rights of United Kingdom nationals arising from legislation or special agreements in force, the payment provided for in paragraph (1) of Article 1 shall constitute a final settlement, as between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom, of all questions concerning compensation for the measures of persecution referred to in that Article.

Article 4

The present Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not delivered a contrary declaration to Her

nerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 9. Juni 1964 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
Carstens

Für das
Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland
Sir Frank K. Roberts

Majesty's Government in the United Kingdom within three months from the date of entry into force of the Agreement.

Article 5

The present Agreement shall enter into force on signature.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed the present Agreement.

DONE at Bonn, the ninth day of June 1964, in four originals, two each in the German and the English languages, all four texts being equally authoritative.

For the
Federal Republic of Germany:
Carstens

For the
United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:
Sir Frank K. Roberts

(Translation)

Bonn, den 9. Juni 1964

Bonn, June 9, 1964

Herr Botschafter,

Unter Bezugnahme auf das Abkommen vom heutigen Tage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Leistungen zugunsten britischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind, beehre ich mich, folgendes festzustellen:

Gemäß Artikel 1 Abs. 1 des genannten Abkommens zahlt die Bundesrepublik Deutschland an das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland den Betrag von einer Million Pfund Sterling zugunsten der von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches, die durch derartige Verfolgungsmaßnahmen Freiheitsschäden oder Gesundheitsschädigungen erlitten haben, oder zugunsten der Hinterbliebenen der infolge derartiger Verfolgungsmaßnahmen Umgekommenen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zieht bei dieser Zahlung diejenigen Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches in Betracht, die aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung von den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Carstens

Mr. Ambassador,

I have the honour to refer to the Agreement of today's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland concerning Compensation for United Kingdom Nationals who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution and to state as follows:

According to the provisions of paragraph (1) of Article 1 of the said Agreement, the Federal Republic of Germany will pay to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland the sum of one million pounds sterling for the benefit of United Kingdom Nationals who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution and who, as a result of such measures, suffered loss of liberty or damage to their health, or, in the case of those who died in consequence of such measures, for the benefit of their dependents.

In making this payment, the Government of the Federal Republic of Germany have in mind United Kingdom Nationals who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution by reason of their race, their faith or their ideology.

Accept, Mr. Ambassador, the assurance of my highest consideration.

Carstens

(Übersetzung)

Bonn, den 9. Juni 1964

Bonn, June 9, 1964

Herr Staatssekretär!

Mit Schreiben vom heutigen Tage haben Sie mir folgendes mitgeteilt:

„Unter Bezugnahme auf das Abkommen vom heutigen Tage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Leistungen zugunsten britischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind, beehre ich mich, folgendes festzustellen:

Gemäß Artikel 1 Abs. 1 des genannten Abkommens zahlt die Bundesrepublik Deutschland an das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland den Betrag von einer Million Pfund Sterling zugunsten der von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches, die durch derartige Verfolgungsmaßnahmen Freiheitschäden oder Gesundheitsschädigungen erlitten haben, oder zugunsten der Hinterbliebenen der infolge derartiger Verfolgungsmaßnahmen Umgekommenen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zieht bei dieser Zahlung diejenigen Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches in Betracht, die aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung von den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen worden sind.“

Ich beehre mich, den Eingang dieses Schreibens im Namen der Regierung des Vereinigten Königreiches zu bestätigen.

Ferner beehre ich mich, mit Bezug auf Artikel 3 des Abkommens zu erklären, daß die Regierung des Vereinigten Königreiches nicht der Auffassung ist, der genannte Artikel 3 stehe dem Ausschluß einer Person vom Anspruch auf Entschädigung für einen bestimmten Verlust oder Schaden auf Grund künftiger Rechtsvorschriften oder besonderer Vereinbarung entgegen, wenn diese Person für denselben Verlust oder Schaden aus dem nach Artikel 1 gezahlten Betrag entschädigt worden ist.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Sir Frank K. Roberts

Sir,

In your Note of today's date, you informed me as follows:

“I have the honour to refer to the Agreement of today's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland concerning Compensation for United Kingdom Nationals who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution and to state as follows:

According to the provisions of paragraph (1) of Article 1 of the said Agreement, the Federal Republic of Germany will pay to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland the sum of one million pounds sterling for the benefit of United Kingdom Nationals who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution and who, as a result of such measures, suffered loss of liberty or damage to their health, or, in the case of those who died in consequence of such measures, for the benefit of their dependents.

In making this payment, the Government of the Federal Republic of Germany have in mind United Kingdom Nationals who were Victims of National-Socialist Measures of Persecution by reason of their race, their faith or their ideology.“

I have the honour to acknowledge, on behalf of Her Majesty's Government in the United Kingdom, receipt of that Note.

I also have the honour to state, with reference to Article 3 of the Agreement, that the United Kingdom Government would not regard that Article as preventing the exclusion of any person who had received compensation for a particular item of loss or damage out of the sum paid in accordance with Article 1 from entitlement to compensation in respect of the same item of loss or damage under any future legislation or special agreement.

I have the honour to be, Sir, with the highest consideration.

Sir Frank K. Roberts